

Jugend Spricht

Ausgabe 06/2019 bürgernah • unbeeinflusst • jung • neutral • ehrlich • freiheitlich **Kostenlos**



© Frank Domel (Bild Hintergrund)

Wenn der Verstand vergessen wird

Ein wütender Mob. Große Papp-Plakate mit Ausrufen, Beleidigungen und Kritik. Schulschwänzer und Möchtegern-Helden. Eigentlich fehlen nur noch brennende Autos und Hippies, dann wäre das Durcheinander, welches Greta Thunbergs Eltern verursacht haben, perfekt.

Wie würden die Medien denn reagieren, wenn das schwedische Parlament eine autistische Sechzehnjährige, nicht zuletzt Millionärstochter, unbeachtet lassen würde? Die Damen und Herren an Schwedens Spitze müssten sich dann viel Kritik gefallen lassen. Wahrscheinlich wäre das für die Allgemeinheit aber besser gewesen, denn die wäre immerhin konstruktiv. Wer sich länger als zwei Minuten mit Thunbergs Reden beschäftigt, stellt schnell fest, dass dort nur (im wahrsten Sinne des Wortes) gemeckert wird. Nicht mehr und nicht weniger. Die Klimapolitik aller Länder sei unterirdisch, die Welt würde wegen den Politikern untergehen. Ja, Greta unterstellte ihnen während des Klimagipfels in New York sogar, dass sie ihr ihre „Kindheit

geklaut“ hätten. Eigene Ideen, Lösungsvorschläge etc. werden gar nicht erst erwähnt. Das kann ich auch.

Aber was ist schlimmer als ein Teenager, der Politiker dieser Welt öffentlich und vor laufender Kamera anschreit? Die Reaktion darauf. Statt die Köpfe zu schütteln und das Mädchen nach Hause zu schicken, findet Greta nicht nur Aufmerksamkeit, sondern auch Zustimmung der breiten Masse. Greta gibt Menschen das Gefühl, etwas ändern zu können. Sie fühlen sich wie Helden, die auf die Straße gehen, um den Planeten zu retten. Sie gibt ihnen das Gefühl, nicht allein zu sein und sie gibt ihnen einen Grund, ihrem Frust freien Raum zu schaffen. Denn das ist alles, worum es sich handelt. Frust und Aggression, der sich vor laufender Kamera entlädt. In der modernen Politik und nicht zuletzt in unserer modernen Gesellschaft hört sich niemand mehr zu, man sieht nur noch Kritik und Feindschaften. Und Greta Thunberg ist das Resultat. **dk**



Politik

„Wie ich schon einmal gesagt habe, kann es jeder Zeit losgehen“

Haben Sie auch die Berichterstattung über Erdogans Syrien-Angriff im Fernsehen erlebt? Wenn nicht, lege ich Ihnen die Tagesschau vom 09.10.2019 unbedingt ans Herz. An diesem Tag begann die einseitige, unangekündigte Offensive der Türkei gegen Nordsyrien mit Luftschlägen und Artilleriebeschuss. Die Kurdenmilizen fühlten sich von der USA verraten, da sie kurz davor das Territorium der von ihnen selbstverwalteten Zone



verteidigten und urplötzlich verließen. Trump revidierte schon 2018 seine Vorstellungen, US-Amerikanische Truppen aus syrischen Gebieten der Kurden abzuziehen. Aufgrund langanhaltendem Widerstandes der IS-Kämpfer zog sich das gemeinsame Vorgehen mit der YPG-Kurdenmiliz allerdings in die Länge. Nun ist es für die Bevölkerung des Gebietes wie ein unerwarteter Dolchstich, welcher die Zivilbevölkerung in Angst und Schrecken versetzt. Anschließend ergriff Erdogan die Chance als Nato-Partner, den Nato-Verbündeten YPG ungeschützt anzugreifen. Hauptbeweggrund für sein Handeln dürfte wohl pure Machtdemonstration sowohl im Innen- als auch im Außenpolitischen Bereich gewesen sein. Innenpolitisch verlor seine Partei die absolute Mehrheit und es entwickelte sich ein Anti-Erdogan-Block, welcher auch stark von Kurden vertreten ist. Dies erfordert, dass traditionelle türkische Parteien (darunter auch Erdogans) strategisch gezwungen werden, für diese Offensive zu argumentieren, da sie sonst von der weiterhin wachsenden Opposition abgewählt werden könnten. Dies würde langfristig auf gesellschaftliche Veränderungen und die breite Akzeptanz eines kurdischen Staates hinauslaufen. Um dieses Szenario nicht einmal genauer vorstellen zu müssen, ist Erdogans letztes Mittel die YPG gemeinsam aufzuhalten. Daraus resultieren auch Teile seiner außenpolitischen Interessen. Er möchte nicht nur den Einfluss der Kurden innerhalb seines Landes beschränken, sondern auch verhindern, dass sich auf lange Sicht ein eigenständiger feindlich gesinnter Staat vor seiner Grenze aufbaut. Außerdem möchte er ein Mitspracherecht bei den Syrien-Verhandlungen erlangen, um seine militärische Präsenz in die Welt auszustrahlen. Die Türkei beherbergt

aktuell um die 3,6 Millionen Flüchtlinge aus Syrien. Diese veranlagt Erdogan in einer sogenannten „Schutzzone“ anzusiedeln. Diese Zone erstreckt sich von der syrisch-türkischen Grenze bis ca. 30 km ins Landesinnere von Syrien hinein und soll laut ihm in Zukunft ein bis zwei Millionen Flüchtlinge beherbergen. Diese Zuspitzung des Konfliktes zeigt Kettenreaktionen jeglicher Staaten, wie man sie in den modernen Kriegen der letzten Jahre kennt. Je mehr

verschiedene Interessenlager sich bilden, desto komplexer wird das System der Lager. Neulich verhandelte Syrien mit der YPG und sie verbündeten sich gegen die Türkei. Ebenso debattiert die EU über Sanktionen gegen die Türkei. Es scheint diesmal darauf hinaus zu laufen, dass Erdogan alleine seine persönlichen Interessen durchsetzen möchte. Solange er keine „großen Player“ als Verbündete findet, denke ich, werden wohlhabende Nationen aus aller Welt ihn massiv unter Druck setzen, um seine willkürliche Offensive politisch sowohl auch wirtschaftlich zu unterbinden. Ist es nicht eine Dreistigkeit, das größte Volk der Welt ohne eigenständigen Staat weiterhin ausbluten sehen zu lassen? Nicht einmal bei dieser Thematik verfügt die EU über eine geschlossene Antwort. Zeigt dies nicht unsere Verantwortungslosigkeit, da wir Deutsche zusätzlich unsere Waffen an dieses Monstrum verscherbeln? **mpk**

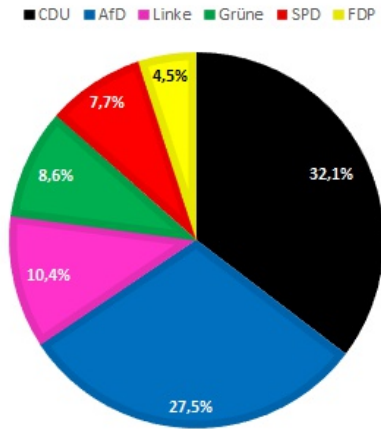




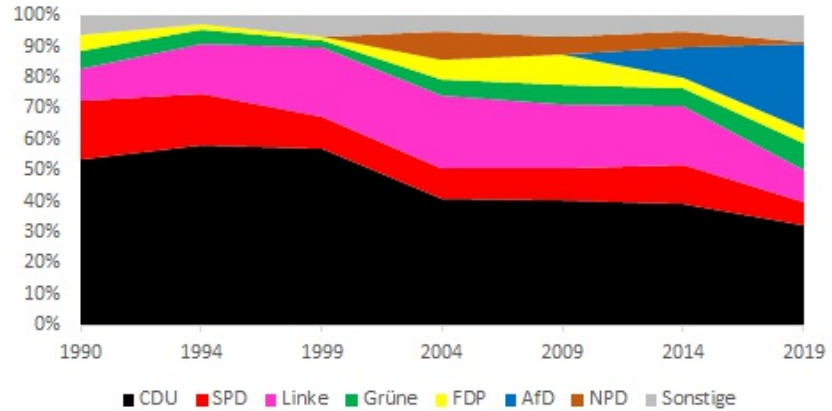
Wahl

Der neue Landtag steht

LANDTAGSWAHL SACHSEN 2019



Wahlverhalten ab 1990



Sachsen hat am 01. September 2019 erfolgreich ein neues Parlament gewählt. Das Superwahljahr 2019 ist für die Sachsen damit zu Ende gegangen. Wahlsieger ist die CDU mit 32,1% und daraus resultierenden 45 Sitzen, gefolgt von der AfD mit 27,5% und 38 Sitzen. Für die AfD wurden vor der Wahl Sitzeinbußen prognostiziert, da der Wahlausschuss nur 30 Listenkandidaten der AfD zugelassen hatte. Allerdings konnte die Partei die 39 ihr zustehenden Sitze mit den 30 Listenkandidaten und weiteren Direktmandaten, welche nicht auf der Liste standen, beinahe komplett ausfüllen. Nur ein Stuhl bleibt leer. Daher summiert sich die Anzahl aller Sitze nicht auf 120 sondern auf 119. Auf dem 3. Platz landet die Linke mit 10,4% und 14 Sitzen, gefolgt von den Grünen mit 8,6% und 12 Sitzen. Die geschwächte SPD landet auf Platz 5, mit 7,7% und daraus resultierenden 10 Sitzen.

Was die Direktmandate in unseren Wahlkreisen Görlitz 1 (Weißwasser) und Görlitz 2 (Görlitz Stadt) angeht, hat im Raum Weißwasser Roberto Kuhnert von der AfD gewonnen. Er setzte sich mit 36,6% zu 34,3% gegen seinen Kontrahenten Tilmann Havenstein von der CDU durch. In Görlitz konnte der amtierende Ministerpräsident Michael Kretschmer das Duell gegen Herausforderer Sebastian Wippel von der AfD mit 45,9% zu 37,9% klar für sich entscheiden.

Die CDU-Führung hatte sich bereits vor der Bekanntgabe der Wahlergebnisse gegen eine Koalition mit der AfD ausgesprochen. Viel bleibt der CDU daher an Koalitionsmöglichkeiten nicht übrig. Aktuell laufen die Koalitionsverhandlungen von CDU, SPD und Grüne, der sogenannten „Kenia-Koalition“. Ob dieses Projekt allerdings glückt, bezweifeln viele Experten. Die Parteien seien in ihren Wahlprogrammen zu verschieden, so die Kritiker. So gibt es Konfliktpotential bei den Themen Sicherheit, Bildung,

Verkehr und Umwelt, um nur ein paar wenige zu nennen. Besonders interessant wird die Sache, wenn man bedenkt, dass CDU und AfD sehr viele Gemeinsamkeiten haben, diese Koalition aber von der CDU strikt abgelehnt wird. Auch hätte diese Koalition nahezu eine 60% Mehrheit.

Der neu gewählte Landtag traf sich am 01.10. zur ersten Sitzung im Dresdener Landtagsgebäude. 118 Abgeordnete wurden vereidigt und zum Dienst verpflichtet, einer war entschuldigt. Auch wurden in diesem Zuge der neue Landtagspräsident und seine Stellvertreter gewählt. Landtagspräsident ist und bleibt Matthias Rößler von der CDU. Seine Stellvertreter sind Andrea Dombius (CDU), Andre Wendt (AfD) und Luise Neuhaus Wartenburg (Die Linke). **hmh**

Juniorwahl und Sachsenwahl

Dieses Jahr wurde wieder in Sachsen gewählt, aber nicht nur die Großen, sondern auch die Jüngeren wurden an die Wahlurne gebeten. Die Juniorwahl stand an. Die beliebtesten Parteien bei den Jugendlichen waren die Grünen, die AfD und die CDU. Wichtig ist anzumerken, dass AfD und CDU zusammen gerade so den Prozentsatz der Grünen erreichen. Bei der richtigen Sachsenwahl sah das anders aus. CDU und AfD dominierten, die Grünen waren schwächer. Viel interessanter ist es aber, sich die jeweils 4.-Plazierten anzusehen. Bei der richtigen Sachsenwahl steht da die Grünen, die das 2. höchste Wachstum in dieser Wahl einfährt. Bei der Juniorwahl steht auf Platz 4 die Satirepartei DIE PARTEI. Das könnte zeigen, dass viele junge Menschen mit den zur Verfügung stehenden Parteien nicht zufrieden sind oder noch nicht über ausreichende politische Weitsicht verfügen. **mn**



Wirtschaft

Der Handelskrieg: Erste Anzeichen für eine Rezession oder eher Expansion?



Seit dem Juli 2018 kennen wir bereits Nachrichten wie: „Handelsstreit USA-China“, „Eskalation im Wirtschaftskrieg“, „Trumps Strafzölle“ und weitere. Doch plötzlich kristallisieren sich erste Ansätze für Teilabkommen zwischen den USA und China heraus. Warum diese Kehrtwende um 180 Grad? Welche Ziele verfolgen beide Nationen und wie lauten die Prognosen? Welche Rolle spielt dabei Europa? Nun dies sollten keine langweiligen Fragen für Politikfanatiker sein, sondern eher ein essenzielles Grundinteresse der Gesellschaft wecken. Es besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass einige Berufsfelder in Deutschland schweren Schaden erleiden könnten. Vor einem Monat sah die Lage noch sehr heimtückisch aus. Die USA und China bewerkstelligen wechselwirkend Handelszölle im Wert von über einer halben Billion Dollar auf alle gehandelten Waren. Gerade in unserer zunehmend wachsenden, globalisierten Welt, ist die Vernetzung auf wirtschaftlicher und politischer Ebene so groß wie nie zuvor. Die Zeiten, in denen Industriekonzerne wie Krupp von der Förderung bis zur Vermarktung alles selbst regulierten und managten, sind lange vorbei. Dementsprechend haben insbesondere Technologiebranchen eine erhöhte Empfindlichkeit auf globale Beziehungen. Allumfassend sind z.B Luffahrt, Pharma und Automobilindustrien davon betroffen. Die benötigten Ressourcen und Außenposten sind in der gesamten Welt verteilt. Ebenso verfügen sie über Zulieferer, welche unabhängig von ihnen agieren. Schlussfolgernd lässt sich behaupten, dass gute internationale Beziehungen ein Garant für ihre Existenz sind. Wie sie wissen sind dies auch die Branchen, die in letzter Zeit die meisten Probleme aufweisen. Nachrichten wie „VW baut 100.000 Arbeitsstellen ab“, oder „Thomas Cook beantragt Insolvenz“ könnten bei einer Eskalation Europa weiterhin massiv in die Zwickmühle bringen. Ich vermute, dass China und die USA aktuell nur

kooperativ sind, da beide Fraktionen fatale Verluste einstreichen mussten. Ein überlegter Waffenstillstand, um neue Kräfte generieren zu können. Es zeigte sich in der Vergangenheit oft, dass beide Seiten sehr aggressiv und strategisch jeder Zeit gegen den anderen vorgehen können. Dr. Klaus-Jürgen Gern, ein bekannter Redner und Angestellter des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, vermutet, dass in Zukunft ein Währungskrieg sogar eine relevant eintretende Option wäre. Chinas Währung viel am 05.08.2019 auf den niedrigsten Stand seit 10 Jahren, trotz anhaltenden Wirtschaftswachstum. Daraufhin erklärte das amerikanische Finanzministerium China offiziell zum „Währungsmanipulator“. Normalerweise sollte der Yuan an Stärke gewinnen, aber dem ist eben nicht so. Es sieht so aus, als würde China bewusst ihre eigene Währung niedrig halten wollen. Sie fragen sich zurecht, warum sie dies tun sollten? Sie erhoffen vermutlich starke Turbulenzen an den Finanzmärkten, und das weltweit. Ihre Wettbewerbsvorteile sind nicht von der Hand zu weisen. Die eigenen Exportprodukte werden im Ausland günstiger und kurbeln damit die Produktion von physischen Waren an, da sie in höheren Mengenzahlen verkauft werden. Importe werden teurer und führen zu einem Zwang der erhöhten Eigenversorgung. Chinas Strategie ist es höchstwahrscheinlich, den Rest der Welt mit ihren, für uns günstig erscheinenden Waren zu überfluten und somit die Konkurrenz auf finanzpolitischer Basis zu eliminieren. Daher lässt sich sagen, dass wir selbst handeln müssen und uns wehren sollten. Wir als Europäer müssten gemeinsam und geschlossen dagegen vorgehen, aber dies wird nie passieren, da es keine gemeinsame Position zu dieser Thematik in der europäischen Union gibt. **mpk**





Geschichte

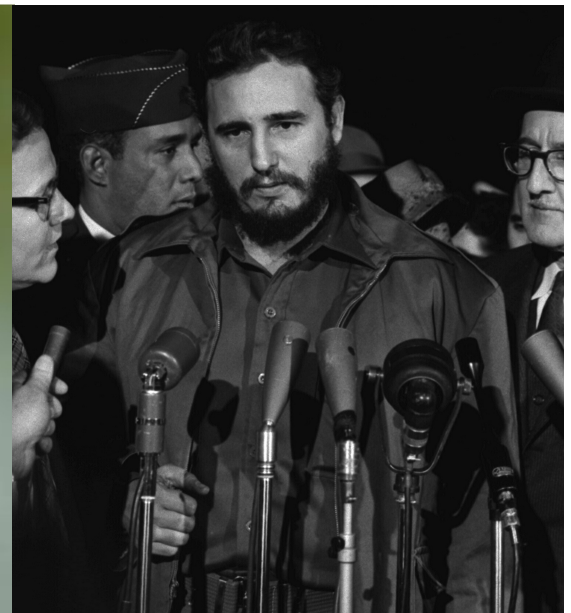
Fidel Castro - Er überlebte sie alle

Die meisten Menschen haben Feinde oder kennen diesen einen Menschen, von dem sie wissen, dass er einem am liebsten den Hals umdrehen würde. Und wenn das insgesamt 10 US-Präsidenten sowie die gesamte CIA sind, dann stehen die eigenen Chancen eher schlecht. Knapp 600 Attentate und beinahe ein eskalierter Kalter Krieg. Aber das alles scherte ihn nicht. Castro machte das, was er schon seit Langem vorhatte. Kuba zu neuem Glanz zu verhelfen.

Fidel Castro war kubanischer Kommunist, Freiheitskämpfer und nicht zuletzt Diktator. An der Seite von seinem jüngeren Bruder Raúl und Ernesto Guevara (später bekannt als Che Guevara) kämpfte Fidel Castro für ein besseres Kuba, welches von Armut, schlechter Bildung und einem brutalen Diktator gezeichnet war. Und Letzteren galt es zu stürzen, was dem Trio 1958 nach 2 gescheiterten Versuchen, Exil und Gefängnisstrafen auch gelang. Daraufhin wurde Castro am 16. Februar 1959 zum neuen Staatspräsidenten, Staatsratsvorsitzenden, Ministerratsvorsitzenden und Comandante en Jefe, dem „Chef der Kommandanten“ der kubanischen Armee ernannt. Bald darauf schloss sich Castro der Sowjetunion an, was Kuba dazu verhalf, wieder international Fuß zu fassen. Als Gegenleistung für die Hilfe, die die UdSSR Kuba zur Verfügung stellte, erlaubte Castro, Lang- und Mittelstreckenraketen in seiner Heimat aufzubauen, um gegenüber den USA einen Vorteil im Wettrüsten zu verschaffen. Und das machte ihn zum Ziel für knapp 600 Attentate. Man dachte sich noch so kreative Methoden und Pläne aus, einen Mann in Castros Position umzubringen, doch er überlebte sie alle. Vergiftete Zigarren

zum Beispiel. Seit er fast so eine konsumiert hatte, hörte Fidel sofort auf, zu rauchen. Er wusste, wie man sich vor Spionen verbirgt. Deshalb weiß man kaum etwas über den Mann hinter der grünen Uniform, Vollbart und Brille, welche Kuba 50 Jahre lang regiert haben. Alle amerikanischen Präsidenten, die versucht haben, ihn zu ermorden, wurden selbst erschossen, starben an Altersschwäche, Krankheit oder versäumten die Wiederwahl.

Castro beschwerte sich derweil 1992 über Gorbatschows Außenpolitik, Umbau bzw. Perestroika der UdSSR und blieb seinen alten Plänen für Kuba treu, welches ein Vorzeigebispiel für einen sowjetischen Staat war. Mit allem, was dazugehört. Aber die Veränderungen in der UdSSR gingen an Kuba nicht vorbei. So musste Castro eine Wirtschaftskrise abwenden, was ihm aber nur mäßig gelang. Mithilfe von Tourismus, offenen Bauernmärkten, der Zulassung selbstständiger Tätigkeit und der Legalisierung des Dollarbesitzes geht es mit der kubanischen Wirtschaft seit den 2010er Jahren langsam Berg auf. Fidel Castro wurde 90 Jahre alt und übergab sein Amt am 1. August 2006 an Raúl ab, nachdem er eine lange und anstrengende Operation hinter sich brachte. Zehn Jahre danach, am 25. November 2016 starb Fidel Castro in Havanna. Der Legende nach wurde seine Asche über denselben Weg von Santiago nach Havanna (nur umgekehrt) getragen, welchen Castro 1959 nahm, um den damaligen Diktator Kubas zu stürzen. Die „Karawane der Freiheit“ heißt dieser Weg. Denn genau das war Fidel Castro. Ein Kämpfer für die Freiheit Kubas, ein Revolutionär. Und das bis über seinen Tod hinaus. **dk**





Regionales



Der Bierkrieg zwischen Görlitz und Zittau

Eigentlich sind Deutsche ja recht ruhig und gelassen, solange alles seine Ordnung hat. „Revolution in Deutschland? Das wird nie etwas. Wenn diese Deutschen einen Bahnhof stürmen wollen, kaufen die sich noch eine Bahnsteigkarte!“. Das soll angeblich schon Lenin festgestellt haben. Er irrt sich allerdings. Mal davon abgesehen, dass es durchaus Revolutionen in Deutschland gab, gibt es wohl auch Dinge, die lassen sich auch die bravsten und obrigkeitshörigsten Deutschen weder wegnehmen, noch von außen diktieren lassen. Eine dieser Dinge ist



anscheinend Bier. Mehr als zehn solcher sogenannten „Bierstreitigkeiten“ sind in der deutschen Geschichte überliefert, eine davon fand zwischen Görlitz und Zittau statt und das obwohl die beiden Städte eigentlich im Sechsstädtebund zusammenarbeiteten. Im Mittelalter lag das Braurecht zunächst in den Händen mehrerer Görlitzer Familien. Kaiser Karl IV. legte fest: „Jeder Kretscham [...], darf kein anderes als Görlitzer Bier [...] zum Ausschank führen[...]“. Kretscham ist das aus dem Sorbischen entlehnte Wort für Kneipe oder Gaststätte, der Wirt hieß Kretschmar/Kretschmer, welche heute noch als Familiennamen weiter existieren. In Zittau war man allerdings wenig glücklich, dass man selbst kein Bier brauen durfte und Görlitzer Bier kaufen musste, gerade weil 1489

der herrschende König dieses Recht bestätigte. Jedoch hatte 1414 ein anderer König Zittau das Recht gegeben, dass sie ihr Bier in Görlitz und Umgebung zollfrei verkaufen durften. Die Zittauer Braumeister hatten anscheinend ein

gutes Gedächtnis und waren sich einig, dass dieses über 70 Jahre alte Gesetz natürlich noch viel besser und wirksamer ist. Dann ging es los. Viel Bier wurde beschlagnahmt, „Görlitzer Jünglinge“ überfielen eine Zittauer Bierlieferung und verschütteten (!) das Bier. Die Zittauer überfielen daraufhin Görlitzer Bauern und nahmen das Vieh mit, welches man sich

auf dem Zittauer Markt zurückkaufen sollte. Görlitz ging nicht darauf ein und Zittau feierte ein riesiges Schlachtfest. Die Görlitzer wurden daraufhin als „Wendehüte“ bezeichnet, die Zittauer als „Viehtreiber“. Der Streit drohte zu eskalieren, Görlitz hatte bereits ein Heer von ca. 2000 Mann aufgestellt, da griff der Landvogt endlich ein und untersagte die gegenseitigen Angriffe. Außerdem sollte Zittau 300 Gulden Wiedergutmachung zahlen, was der Zittauer Rat allerdings nicht akzeptieren wollte. Schlussendlich sammelten die umliegenden Gemeinden das Geld um den Streit endlich zu beenden. Damit war der Streit in der Lausitz erst einmal beendet, der nächste „Bierkrieg“ war der Chemnitzer Bierkrawall 1524, aber das ist eine andere Geschichte. Prost! cf



Umwelt

Das Klimapakete der Bundesregierung

Ein weiteres Thema, welches in letzter Zeit die deutschen Medien beherrschte, war das Klimapakete der Bundesregierung. Das vom 19. zum 20. September 2019 entstandene Papier, welches vom Klimakabinete der Bundesregierung erstellt wurde, lässt sich in 2 Rubriken teilen. In Klimaschutzprogramme und in Klimaschutzgesetze. Bei Letzteren handelt es sich um klimaschutztechnische Maßnahmen wie zum Beispiel die CO₂-Bepreisung, die Erhöhung der Pendlerpauschale oder Kaufprämien für Elektroautos. Alle sind jetzt gesetzlich vorgeschrieben. Ein Großteil dieser Maßnahmen tritt aber

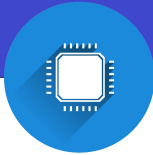
erst ab dem Jahr 2021 in Kraft. Im anderen Teil sind Programme zum Klimaschutz festgehalten. Zum Beispiel soll jetzt nicht nur das Umweltministerium auf den Klimaschutz achten, sondern jedes Ministerium in seinem Fachgebiet nachhaltigen Klimawandel garantieren.

Von Seiten der Opposition hagelt es Kritik. Parteien wie die Grünen oder die Linke meinen, dass dieses Maßnahmenpaket eindeutig zu niedrig angesetzt sei. Sie schlagen eine CO₂-Bepreisung von 80€ je Tonne vor. Rechnen wir das doch einfach mal durch: Die Fahrstrecke eines durchschnittlichen Diesels in Deutschland beträgt 20 000 Kilometer. Der →

durchschnittliche Verbrauch an Diesel pro 100 Kilometer beträgt 7 Liter. Pro verbrauchten Liter emittiert das Auto 3,090 Kilogramm. Der Durchschnittsdiesel verbraucht also im Jahr 1400 Liter Dieselmotorkraftstoff. Dies mit 3,090 multipliziert (Verbrauch an CO2 pro km) kommt man auf rund 4,3 Tonnen CO2-Emission im Jahr. Diese 4,3 Tonnen jetzt noch mit jeweils 10€ bepreisen und man erhält 43€ jährlich. Das macht einen Mehrkostenaufwand von rund 3,60€ monatlich. Sieht erst einmal harmlos aus. Wenn man jetzt aber auf die Forderung der Grünen eingeht, den CO2-Preis auf 80€/t anzuheben erhält man Ergebnisse in ganz anderen Dimensionen. So kämen bei dieser Bepreisung eine Gesamtsumme von 344€ und ein monatlicher Mehrkostenaufwand von rund 28,70 zusammen. Das macht in der durchschnittlichen Laufzeit eines Dieselfahrzeuges (etwa 10 Jahre) schon 3440€, für manche schon eine Stange Geld. Doch wofür das Ganze? Klimawandel hin oder her, es gibt genug Zahlen mit denen man die eine oder andere interessante Rechnung anstellen kann. Kohlenstoffdioxid ist

zu 0,4% in der Luft enthalten. Von diesem Gesamt-CO2 in der Luft sind nur 3% vom Menschen durch Emission verursacht. Der Rest stammt aus den natürlichen Kreisläufen wie Atmung oder ähnlichem. Deutschland hat einen Emissionsanteil von 2,3% an den genannten 3%. Das heißt, dass Deutschland allein, wenn es auf jegliche biologisch nicht notwendige CO2-Emission verzichten würde, einen Anteil von 0,00069% des gesamten CO2-Haushaltes der Erde ändern könnte. Wie ich finde, verschwindend wenig. Doch der Höhepunkt kommt erst noch. Die deutschen Bürger zahlen also über die neue CO2-Bepreisung Geld an die Bundesrepublik Deutschland, damit versucht wird, und die Betonung liegt auf versucht, 0,00069% des CO2-Haushaltes der Erde zu verändern. Und das wo Deutschland im internationalen Vergleich der Steuern pro Kopf auf Platz 2 liegt, was bedeutet, dass der Bürger schon mehr als Genug an den Staat abtritt.

Das sollte man sich mal durch den Kopf gehen lassen. **hnh**



Technik

So sieht Digitalisierung wohl nicht aus!

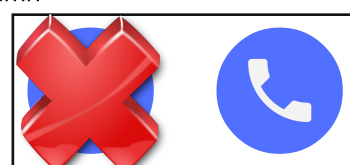
Immer mehr Firmen springen in letzter Zeit auf einen neuartigen Zug auf, den Zug der Digitalisierung. Mit der Modernisierung der firmeneigenen Struktur versprechen sich diese Unternehmen, mit Sicherheit in Richtung Zukunft zu schauen, und die Angebote für den Kunden noch attraktiver gestalten zu können. In Großstädten wie Berlin, Köln oder Hamburg gewiss keine schlechte Idee, doch nicht jede Region in Deutschland ist mit diesen tiefgreifenden Veränderungen kompatibel. So flatterten in den letzten Monaten in vielen ländlichen Gemeinden, wie zum Beispiel in Groß Düben, Schreiben der Telekom ein. Kernpunkt dieser Schreiben war, dass Telekom-Kunden welche zuvor über einen ISDN-Anschluss verfügten, diesen Vertrag gekündigt bekommen haben. Besitzer eines ISDN-Anschlusses hatten zuvor den Vorteil, dass ein Haushalt über mehrere Telefonnummern verfügte. Vorteilhaft zum Beispiel dann, wenn sich in einem Haus zwei Haushalte oder ein Haushalt und eine Firma



befanden. Für diese Menschen ein absoluter Rückschritt, da sich die Haushalte nun eine Nummer teilen müssen, was zu Unfrieden und Komplikationen führt. Doch als ob das noch nicht genug wäre, erhöht die Telekom die monatlichen Beiträge um rund 1,00€. Das macht im Jahr einen

Mehrkostenaufwand von rund 12€. Der Kunde bezahlt also für weniger Leistung mehr Geld. Die Telekom begründet diese Veränderungen wie folgt. „... wir bauen das Telekommunikationsnetz der Zukunft und eröffnen immer neue Möglichkeiten ...“. Auch reiche bei vielen Kunden die Anbindung an das

Telekommunikationsnetz auf einmal nicht mehr aus. Ein letzter Hoffnungsschimmer für die Groß Dübener Bürger könnte sein, dass die Gemeinde Schleife erst kürzlich den Breitbandausbau im Einzugsgebiet Schleife genehmigt hat. Die Telekom hat ab 2021 Zeit, den Breitbandausbau vor Ort zu realisieren. **hnh**



Impressum

Jugend Spricht Nr.7
Ausgabe 06/2019

Jugend  Spricht

Herausgeber

Zeitungsgruppe Jugend Spricht

Dorfstraße 83

02959 Groß Düben

Telefon: 015254163030

E-Mail: jugend-zeitung@outlook.de

Redaktion: H. M. Heidrich

V.i.S.d.P.: Annegret Kuhnert

Layout: H. M. Heidrich

Auflage: 1000 - 2000

Einsendeschluss: 15.10.2019

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen oder Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinnwährend zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers. Alle Artikel, die in dieser Zeitung erscheinen, sind auf dem Stand des Einsendeschlussdatums. Das Kreuzworträtsel wurde von Ben R. und Aaron S. getestet.

hmh: H. M. Heidrich; mpk: Max Paul Krautz; cs: Căcilia Strauß; nf: Nick Frischke; fl: Falk Lensing; mp: Max Preuß; cf: Christian Friedhoff; dk: anonym; mn: anonym

Sponsoren, Partner und Unterstützer:

Sie interessieren sich brennend für ein Thema oder wollen uns Anregungen geben? Schreiben sie uns gern eine E-Mail oder senden sie uns einen Brief. Die nötigen Angaben finden sie im Impressum.

Hier könnte auch ihr Name/Firmenlogo stehen!
Bei Interesse melden sie sich unter unserer E-Mail:
jugend-zeitung@outlook.de

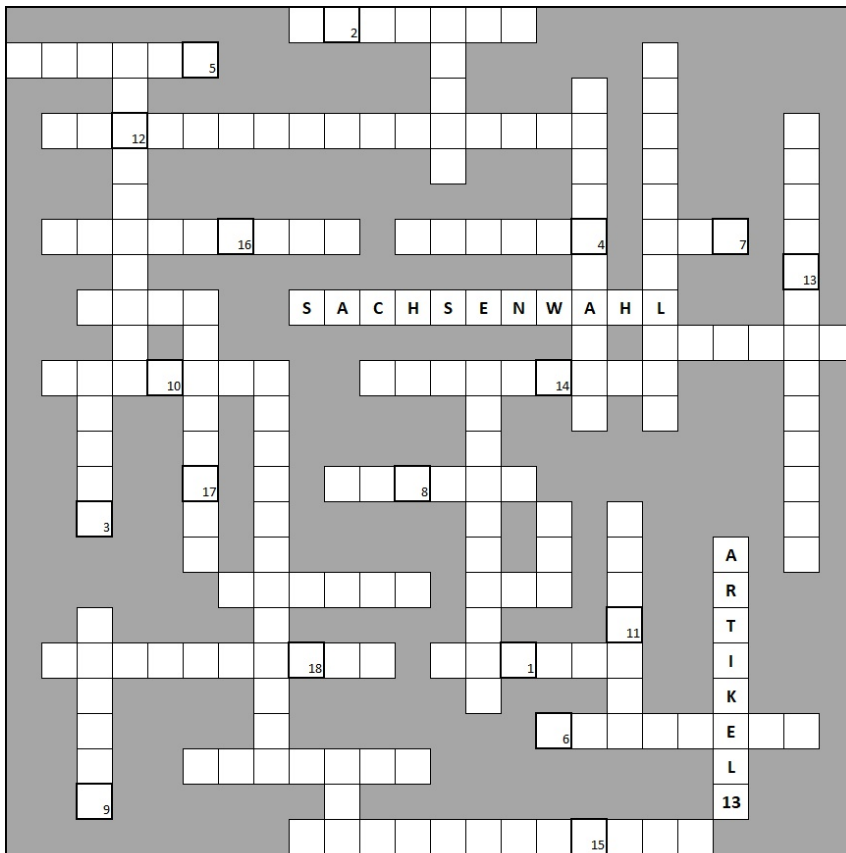
**LESEN.
VERSTEHEN.
MEINUNG BILDEN.**



Rätsel

Bastelrätsel

Thema: Jugend Spricht im Jahr 2019



BZ	senkrecht	BZ	waagrecht
3	USA; SPD	3	CDU; AFD
5	OSTEN; SPORT	4	NATO
6	KULTUR	6	GRUENE; KRITIK; ABITUR; BREXIT; GAMING; MEDIEN
7	TECHNIK	7	RAETSEL; POLITIK; BILDUNG
8	OSTCLUBS; ARTIKEL 13	8	FAKENEWS
10	EUROPAWAHL; REGIONALES; DEMOKRATIE	9	CEAUSESCU; MIGRATION; BUNDESWEHR
11	DEUTSCHLAND	11	SACHSENWAHL
12	KOMMUNALWAHL	12	HANDELSKRIEG
13	KOHLEAUSSTIEG	16	WIRTSCHAFTSREIHE

BZ = Anzahl der Buchstaben des Wortes

Lösungswort																		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	!

Das Lösungswort der letzten Ausgabe (05/2019) lautet: **Direktmandat**

Das aktuelle Lösungswort gibt es in der nächsten Ausgabe der Jugend Spricht (01/2020)



@JugendSpricht2019



@jugendspricht

EXFREISA
Extremismusfreies Sachsen e.V.



Gefördert von EXFREISA
Spendenkonto:
DE28850501000232060851
Stichwort: "Jugend spricht"